



## ÜBERSICHT ÜBER DIE THEMEN DIESER AUSSENDUNG DES INFORMATIONSDIENSTES VOM 12.05.2011 00:32:59

<b>TOP-THEMA</b>	<b>4</b>
Große Worte, keine Taten	4
<b>ZUR DISKUSSION</b>	<b>5</b>
<b>Studie: Jungen sind Verlierer des Bildungssystem</b>	<b>5</b>
Männliche Erzieher in allen Bundesländern Mangelware	5
Die männliche Identität wird unterdrückt?	5
"Wir können es uns nicht leisten"	5
<b>MEINUNG</b>	<b>6</b>
Mikl-Leitner: Kinderwahlrecht "anschauen"	6
<b>BILDUNG, BILDUNGSPLANUNG, BILDUNGSPOLITIK</b>	<b>7</b>
Elementarpädagogische Datenbank	7
ÖH: Alle Studenten sollen an die Uni	7
Höhere Bildung verschafft lange Gesundheit	7
Bildung ist der Schlüssel für Zukunftslösungen	7
<b>BILDUNGSVOLKSBEGEHREN</b>	<b>8</b>
AK Wien Vollversammlung (Unterstützungsbeschluss für das Bildungsvolksbegehren	8
<b>BM:UKK / BM.W_F</b>	<b>9</b>
BM:UKK-Homepage	9
BMWF Homepage	9
114 weitere Neue Mittelschulen genehmigt	9

<b>BUNDESLÄNDERMELDUNGEN, BUNDESVERFASSUNGSREFORM, VERWALTUNGSREFORM</b>	<b>10</b>
Gesetze Bundesländer	10
Bundeskanzleramt RIS Informationsangebote	10
<b>BURGENLAND</b>	<b>10</b>
Meldungen: keine	10
<b>KÄRNTEN</b>	<b>10</b>
Meldungen:	11
Protest: Weniger Geld für Kinderbetreuung	11
SPÖ Kärnten arbeitet Modell mit sozial gestaffelten Kindergartenbeiträgen aus	11
Stadt will für die FH an einem Strang ziehen	12
<b>NIEDERÖSTERREICH</b>	<b>12</b>
Meldungen:	12
Wilfing: Ja zum Ausbau der NÖ-Mittelschule	12
<b>OBERÖSTERREICH</b>	<b>12</b>
Meldungen:	13
4,7 Millionen Euro mehr für die Kinderbetreuung in OÖ - Gruppengröße als Voraussetzung für einen Landesbeitrag wurde gesenkt – Mehr Geld pro Gruppe in den Krabbelstuben	13
Finanzforderungen zum Gratiskindergarten	13
<b>SALZBURG</b>	<b>13</b>
Meldungen: keine	14
<b>STEIERMARK</b>	<b>14</b>
Meldungen: keine	14
<b>TIROL</b>	<b>14</b>
Meldungen:	14
24 zusätzliche Neue Mittelschulen	14
"Stressfreie Ferien" - Kinderbetreuung in Innsbruck wird ausgebaut	14
<b>VORARLBERG</b>	<b>14</b>
Meldungen: keine	14
<b>WIEN</b>	<b>14</b>
Meldungen: keine	15
<b>ELTERN/ ELTERNBILDUNG / ELTERN ALS BILDUNGSPARTNER</b>	<b>15</b>
Auch Eltern werden gefördert	15
Studie: Kinder reicher Eltern sind weniger einfühlsam	15
<b>FAMILIE / FAMILIENPOLITIK</b>	<b>16</b>
DJI erforscht Motive für und gegen gemeinsame Sorgeerklärung nicht miteinander verheirateter Eltern	16
Ridi Steibl: ÖVP ist die Familienpartei Österreichs	17
<b>FRAUEN</b>	<b>18</b>
Frauen mit Behinderung im Frauengesundheitsbericht	18
Ein Meilenstein im Kampf gegen Gewalt	18

<b>GENDER</b>	<b>19</b>
Wenn das Frauenservice mit der Männerberatung...	19
Tumpel zu Bundesfinanzrahmengesetz: Maßvoller Konsolidierungskurs mit ...	19
<b>HORT, HORTPÄDAGOGIK</b>	<b>19</b>
<b>Bmukk plant Einrichtung von Hochschullehrgängen zur Ausbildung für Erzieherinnen und Erzieher für die Freizeit an ganztägigen Schulformen - Hochschullehrgänge für Freizeitpädagogik</b>	<b>19</b>
Begutachtungsentwurf – geplante Änderungen	19
Gesetzentwurf	19
📄Gesetzestext / PDF, 157 KB . 📄HTML, 91 KB	20
📄RIS_Gesetzespaket, Erläuterungen / PDF, 153 KB . 📄HTML, 134 KB	20
📄RIS_Gesetzespaket TGG / PDF, 117 KB . 📄HTML, 91 KB	20
Bisherige Stellungnahmen	20
Stellungnahmen an	20
<b>INKLUSION, INKLUSIVE PÄDAGOGIK, BEHINDERUNG</b>	<b>21</b>
Was in Hessens Bildungssystem geschieht, hat mit Inklusion nichts zu tun	21
<b>JUGENDSCHUTZ / JUGENDWOHLFAHRT</b>	<b>21</b>
Trinker werden immer jünger	21
<b>KINDERBETREUUNG / KINDESENTWICKLUNG / KINDERERZIEHUNG</b>	<b>21</b>
Die kleinste Minderheit im Kindergarten	21
<b>MÄNNER IM KINDERGARTEN</b>	<b>23</b>
Allein unter Frauen	23
<b>PÄDAGOGISCHE HOCHSCHULEN, UNIVERSITÄTEN</b>	<b>23</b>
Übersicht	23
Inskription	23
"Lehrer sind für Wandel bereit" - Marlies Krainz-Dürr, Rektorin der pädagogischen Hochschule, will mehr Förderung für Begabte und die Ganztagschule.	23
Neuer Hochschulrat der Pädagogischen Hochschule Oberösterreich	24
<b>PARLAMENT UND ÖFFENTLICHE INSTITUTIONEN</b>	<b>25</b>
AVISO: Wiener Gespräche zur politischen Bildung	25
Tumpel zu Bundesfinanzrahmengesetz: Maßvoller Konsolidierungskurs mit sinnvollen Offensivmaßnahmen - Beschäftigungs- und wachstumssteigernde Maßnahmen vorsehen	26
<b>PLATTFORM EDUCARE</b>	<b>28</b>
Selbstverständnis	28
Forderungen	28
Mitglieder	28
Presse-Aussendungen	28

Wechsel in der Arbeit der Plattform EduCare	28
<b>SPRACHE, SPRACHENTWICKLUNG, SPRACHFÖRDERUNG</b>	<b>29</b>
Offener Brief: Deutsch lernen und Integration	29
<b>STELLENAUSSCHREIBUNGEN</b>	<b>31</b>
Ausschreibung Leitung Kindergarten und Hort in Wien	31
Ausschreibung Pädagogische Leitung Kindergarten und Hort in Wien	31
<b>VERANSTALTUNGEN UND EVENTS</b>	<b>32</b>
AVISO: Wiener Gespräche zur politischen Bildung	32
Bildungssymposium thematisiert Chancengleichheit in der Bildung	32
Veranstaltungen am 11. Mai 2011	32
Symposium "Kinderbetreuung im ländlichen Raum" am 24. Mai	32
Internationaler Familientag der UNO – Veranstaltung 14.05.2011	33
<b>SONSTIGES</b>	<b>34</b>
Was ein siebenjähriges Kind wissen sollte	34
<b>IMPRESSUM UND HINWEISE</b>	<b>35</b>
Abmeldung von diesem kostenlosen Service	35

---

---

## TOP-THEMA

---

---

### ***Große Worte, keine Taten***

Wenn es um Verbesserungsvorschläge in Schulbelangen geht, sind die Verantwortlichen in den Parteien von Salzburg bis Wien wahre Meister. Alle glauben zu wissen, was die Schulen brauchen: die besten Lehrer, Ganztagsunterricht, gemeinsame Schule für alle, Individualisierung und natürlich Integration auf allen Ebenen.

Wunderbar wäre es freilich, wenn die Damen und Herren im Chiemseehof und ihre Kolleg(inn)en in Wien diesen klingenden Worten zumindest in Ansätzen Taten folgen ließen.

Aber wie sieht die Realität aus? Das zeigt sich anschaulich in Salzburg. Gerade in der Stadt steigt die Zahl der Schüler mit besonderem Förderbedarf rasant - sei es wegen Behinderung oder Verhaltensauffälligkeit. Die Bundesregierung will aber für diese Schüler nicht mehr Geld bereitstellen. Und die Landesregierung sagt, sinngemäß: „Nicht zuständig, Beschwerden bitt'schön in Wien deponieren.“

Diese wurstige Schulpolitik führt beispielsweise an den von der SPÖ gefeierten Neuen Mittelschulen in der Stadt zu einem Kuriosum: Zwar gibt es dort ein paar Stunden mehr für die Gesamtschule, zugleich sinkt aber die Zahl der Stunden für Integrationslehrer. Auch an den Volksschulen müssen die Lehrer(innen) künftig stundenweise unter schwierigsten Bedingungen ohne Integrationslehrer auskommen.

Diese Entwicklung ist nicht nur im Hinblick auf PISA besorgniserregend. Es ist auch ein Schlag für das erfolgreiche Modell der Integration an den Schulen.

<http://mein.salzburg.com/blog/standpunkt/2011/05/grosse-worte-keine-taten.html>

---

## ZUR DISKUSSION

---

### *Studie: Jungen sind Verlierer des Bildungssystem*

**Jungen sind laut einer Studie des Aktionsrats Bildung die großen Verlierer des deutschen Bildungssystems. Sie gehen häufiger auf Förder- und Hauptschulen und verlassen häufiger ohne Abschluss die Schule. Warum das so ist? Weil zu wenige Männer in Kindergärten und Grundschulen tätig sind, meinen Bildungsforscher**

### **Männliche Erzieher in allen Bundesländern Mangelware**

Frauen dominieren die Bildung in Kindergärten und Grundschule - so sehr, dass die Autoren der Studie sogar von einer "Feminisierung" des Bildungssystems sprechen. Der Studie zufolge gibt es kein Bundesland, bei dem der Anteil männlicher Erzieher in den Kindertagesstätten bei mehr als zehn Prozent liegt. Den größten Anteil an männlichen Grundschullehrern haben die Bundesländer Hessen, Saarland, Hamburg und Baden-Württemberg. Auf den hintersten Plätzen liegen in diesem Ranking Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen.

### **Die männliche Identität wird unterdrückt?**

"Die teilweise eklatanten Unterschiede zwischen Mädchen und Jungen in der Bildungsbeteiligung und in den Leistungen sind keineswegs angeboren. Vielmehr entwickeln sie sich im Laufe der Kindheit durch soziale Prägungen und werden vom Bildungssystem zulasten der Jungen verstärkt", sagte der Aktionsratsvorsitzende Dieter Lenzen, Präsident der Freien Universität Berlin, am Donnerstag in München.

Jungen haben laut Lenzen oftmals gar nicht die Chance eine ausgereifte Geschlechtsidentität zu bilden, da sie im Kindergarten und in der Grundschule meist mit Erzieherinnen und Lehrerinnen konfrontiert seien.

**"Wir können es uns nicht leisten"**

"Von allen Schulabgängern ohne Abschluss sind 62 Prozent Jungen", beklagte Lenzen. Der Präsident der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw), Randolph Rodenstock, warnte: "Wir können es uns nicht leisten, jährlich rund 44.000 junge Männer auf dem Bildungsweg zu verlieren." Langfristig steuere Deutschland auf einen Arbeitskräftemangel zu, der durch die aktuelle wirtschaftliche Lage nur verzögert werde.

Was kann geändert werden?

Der Aktionsrat Bildung fordert daher

- dass das pädagogische Personal in seiner geschlechterspezifischen Kompetenz geschult wird.
- dass das frühpädagogische Personal besser entlohnt wird.
- dass auf die unterschiedlichen Bedürfnisse von Jungen und Mädchen pädagogisch und didaktisch eingegangen wird - zum Beispiel auf die höheren Bewegungsbedürfnisse von Jungen im Unterricht.

<http://www.eltern.de/schulkind/grundschule/bildungssystem-studie.html>

---

## MEINUNG

---

### ***Mikl-Leitner: Kinderwahlrecht "anschauen"***

DiePresse.com

Neo-ÖAAB-Obfrau Mikl-Leitner will Leistungsbereite und Familien stärken. Frauen dürften nicht benachteiligt werden. Die Kritik an ihrer Kür trifft sie „überhaupt nicht“. Die Presse: Erst im dritten Wahlgang zur Chefin gekürt: Fühlen Sie sich damit ...

### **Spindelegger wünscht sich eine familienfreundliche Steuerreform, eventuell Familiensplitting. Wie stehen Sie heute dazu? Sie waren ja eine Kritikerin.**

Ich bin aber immer dafür, wenn es darum geht, Familien zu fördern. Und dazu gehört auch ein gerechtes Steuersystem. Familiensplitting ist sicher ein Thema, das man sich anschauen muss. Gerne, ja.

### **Beim Familiensplitting könnten aber die Frauen draufzahlen. Oder?**

Es darf sicher kein Modell kommen, das Frauen benachteiligt.

### **Familienexperte Danhel hat in der „Presse“ gefordert, Eltern statt Frauen zu bevorzugen. Etwa, wenn es um die Vergabe von Jobs geht.**

Ich unterstütze grundsätzlich alles, was die Vereinbarkeit von Familie und Beruf unterstützt, ob für Frauen oder für Männer.

### **Soll ein Job bei gleicher Qualifikation eher an eine Mutter als an eine kinderlose Frau gehen?**

Da muss man vorsichtig sein. Es gibt ja etwa auch viele, die keine Kinder bekommen können.

### **Danhel hat auch das Kinderwahlrecht gefordert. Soll es kommen?**

Das sollte man sich auf alle Fälle anschauen. Denn Entscheidungen, die heute getroffen werden, betreffen die nächste Generation.

### **Bei der Bildung schließen Sie eine gemeinsame Schule aus. Oder?**

Ja. Es gibt ein klares Ja zur Neuen Mittelschule und zum Gymnasium. Es braucht individuelle Förderung für jeden Schüler. Und Vielfalt.

[ÖAAB ändert Kurs bei Hacklerpension](#) Wiener Zeitung

[ÖAAB: Unmut nach der Stich-Wahl](#) Kurier

[ORF.at](#) - [Kleine Zeitung](#) - [derStandard.at](#) - [nachrichten.at](#)

[Alle 88 Artikel »](#)

---

---

## **BILDUNG, BILDUNGSPLANUNG, BILDUNGSPOLITIK**

Elementarpädagogische Datenbank

---

---

### ***ÖH: Alle Studenten sollen an die Uni***

[DiePresse.com](#)

Ein Hochschulsektor ist genug – das ist die provokanteste bildungspolitische Vision, die die Österreichische Hochschülerschaft in ihrem Buch "Wessen Bildung" präsentiert. Ein Hochschulsektor ist genug – nämlich der universitäre. ...

---

---

### ***Höhere Bildung verschafft lange Gesundheit***

[derStandard.at](#)

Wien - Bildung ist ein zentraler Schlüssel für die Bewältigung der Zukunft, auch wenn es ums Altern von Menschen und Gesellschaften geht. Diese Überzeugung vertrat der Demograph Wolfgang Lutz anlässlich des Symposiums "Gesundes Altern als Chance? ...

---

---

### ***Bildung ist der Schlüssel für Zukunftslösungen***

Wiener Zeitung

(ski) "Die Bildung junger Frauen ist entscheidend für die Zukunft der Weltbevölkerung." Dies ist eine von fünf wesentlichen Erkenntnissen aus neuen demografischen Studien, die der Wiener Demograf Wolfgang Lutz als Festredner in der Feierlichen Sitzung ...

---

---

# BILDUNGSVOLKSBEGEHREN

---

## **AK Wien Vollversammlung (Unterstützungsbeschluss für das Bildungsvolksbegehren)**

Utl.: Weiters Anträge zur Lehrausbildung und zu den Hochschulen beschlossen =

Wien (OTS) - Die Vollversammlung der AK Wien unterstützt das Bildungsvolksbegehren "Österreich darf nicht sitzenbleiben". Die zwölf Forderungen des Volksbegehrens "decken sich überwiegend mit AK-Beschlüssen", heißt es dazu im Antrag, den die Mitglieder der Vollversammlung heute beschlossen. Die Herausforderungen im Bildungsbereich "beginnen im Kindergarten und erstrecken sich über eine grundlegende Schulreform, die Lehrlingsausbildung bis zur Studienplatzfinanzierung und der Strategie für das lebensbegleitende Lernen", so der Antrag. Das Bildungsvolksbegehren könne die Funktion erfüllen, "Lösungsvorschläge zu diskutieren und breite Unterstützung für eine rasche Umsetzung zu erreichen".

In den Forderungen des Bildungsvolksbegehrens gehe es immer um einen offenen Zugang zur Bildung, um Verbesserung der Qualität und ausreichende Budgetmittel, um überfällige Reformen auch tatsächlich umsetzen zu können, so der Antrag weiter. Aufgenommen seien auch zentrale Forderungen der Arbeiterkammer, etwa dass die Bildungswegentscheidung künftig "erst am Ende der Schulpflicht" fallen soll.

In weiteren Anträgen zu Bildung und Ausbildung fordert die AK Wien Vollversammlung den Aufbau eines Qualitätsmanagements in der betrieblichen Lehrausbildung - finanzielle Förderungen für Lehrbetriebe sollen mit Qualitätskriterien verknüpft werden, etwa mit verpflichtenden betrieblichen Ausbildungsplänen.

Mehr Durchlässigkeit fordert die Vollversammlung zwischen Lehre und berufsbildenden Schulen: Die facheinschlägige Qualifikation von AbsolventInnen berufsbildender Schulen soll als Lehrabschluss anerkannt werden müssen. Umgekehrt sollen den LehrabsolventInnen bereits erworbene Inhalte in den berufsbildenden Schulen anerkannt werden.

Bei der Erstellung eines österreichischen Hochschulplans fordert die Vollversammlung die Mitsprache der ArbeitnehmerInnen-Organisationen - auch bei der geplanten Umgestaltung der externen Qualitätssicherung für Universitäten, Fachhochschulen und Privatuniversitäten. Ebenso muss die Mitbestimmung der Studierenden verstärkt werden.

Rückfragehinweis:

AK Wien Kommunikation

Peter Mitterhuber  
Tel.: (+43-1) 501 65-2347  
[peter.mitterhuber@akwien.at](mailto:peter.mitterhuber@akwien.at)  
<http://wien.arbeiterkammer.at>

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER  
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - [WWW.OTS.AT](http://WWW.OTS.AT) \*\*\*



### **Die Plattform EduCare unterstützt das überparteiliche "Volksbegehren Bildungsinitiative – Bildung ist Zukunft"**

und hofft, dass damit durch Einbeziehung der Eltern und fachlich Betroffenen eine Reformbewegung entsteht, die die verkrusteten Strukturen aufbricht. Wir rufen Eltern, Alleinerziehende, Pädagoginnen und Pädagogen, die interessierte Öffentlichkeit auf, sich am Volksbegehren zu beteiligen – am besten schon von Anfang an.

Den genauen Text der Forderungen des Bildungsvolksbegehrens finden Sie [hier](#). Beim Eintragungsverfahren sind alle Österreicherinnen und Österreicher stimmberechtigt, die mit Ablauf des letzten Tages des Eintragungszeitraumes das 16. Lebensjahr vollendet haben und in einer Gemeinde des Bundesgebietes den Hauptwohnsitz haben.

Unterstützungserklärungen können bis **Freitag, den 1. Juli 2011** bei der Gemeinde des Hauptwohnsitzes, beim örtlich zuständigen Magistrat bzw. dem zuständigen Magistratischen Bezirksamt abgegeben werden: dort liegen die entsprechenden Formulare auf.

---

**BM:UKK / BM.W\_F**

[BM:UKK-Homepage](#)

[BMWf Homepage](#)

---

### **114 weitere Neue Mittelschulen genehmigt**

**Ab Herbst gehen 17 Prozent der SchülerInnen in eine NMS - Als Ziel nennt Schmied 68 Prozent**

Am Dienstag wurden die Anträge von 114 Hauptschulen, eine Neue Mittelschule zu werden, genehmigt. Die zuständig Approbationskommission hat alle Standorte, die eingereicht wurden, zugelassen, heißt es in einer Aussendung von Unterrichtsministerin Claudia Schmied (SPÖ).

"Wir arbeiten jetzt auch mit Hochdruck an der legislativen Umsetzung der politischen Einigung der Koalitionspartner, dass bis zum Jahr 2018/19 alle bisherigen Hauptschulen und interessierte AHS-Unterstufen auf die Neue Mittelschule umgestellt werden können", so Schmied. Ihm sei wichtig, dass "die Entwicklungsoffenheit für noch hinzukommende Standorte an der AHS ebenfalls gesichert ist", sagte die Ministerin in Richtung des Koalitionspartners ÖVP. Die ÖVP betont immer wieder, dass sie nur die Hauptschulen in Neue Mittelschulen umwandeln und das Gymnasium erhalten will.

### **Vorarlberg ist Spitzenreiter**

Bundesweit werden laut der Aussendung ab Herbst 17 Prozent aller 10- bis 14-Jährigen in Neuen Mittelschulen unterrichtet. Mit über 10.000 SchülerInnen besuchen in Vorarlberg die meisten Kinder eine Neue Mittelschule (siehe Grafik). Das Gesamtziel der Bundesregierung sei, dass 68 Prozent diese neue Schulform besuchen, so Schmied. Bis zum Schuljahr 2018/19 sollen alle Hauptschulen zu Neuen Mittelschulen umgestellt sein.

<http://derstandard.at/1304551464817/114-weitere-Neue-Mittelschulen-genehmigt>

→ Liste der Standorte: <http://kurier.at/nachrichten/2100832.php>

→ Siehe auch: [NIEDERÖSTERREICH](#), [TIROL](#)

---

---

## **BUNDESLÄNDERMELDUNGEN, BUNDESVERFASSUNGSREFORM, VERWALTUNGSREFORM**

Gesetze Bundesländer

Bundeskanzleramt RIS  
Informationsangebote

---

---

### **BURGENLAND**



Burgenland: [www.burgenland.at](http://www.burgenland.at)

**Meldungen: keine**

---

---

### **KÄRNTEN**



Kärnten: [www.ktn.gv.at](http://www.ktn.gv.at)

---

---

## Meldungen:

### Protest: Weniger Geld für Kinderbetreuung

[ORF.at](http://ORF.at)

Förderungen für Hort- und Kindergartenplätze werden laut FPK/ÖVP-Beschluss künftig an die Öffn

...

### SPÖ Kärnten arbeitet Modell mit sozial gestaffelten Kindergartenbeiträgen aus

Utl.: Kaiser, Prettner: Gebührenerhöhungen für **Kinderbetreuung** sind inakzeptabel. FPK Familienpolitik ist das wirksamste Verhütungsmittel! =

Klagenfurt (OTS) - Die SPÖ Kärnten arbeitet ein Modell mit sozial gestaffelten Kindergartenbeiträgen aus, das sich am Einkommen der Eltern orientiert. Das gibt SPÖ-Landesparteivorsitzender LHStv. Peter Kaiser heute, Mittwoch, bekannt.

"Um Eltern und Kinder von dem durch FPKÖVP auf undemokratisch Art und Weise beschlossene neuen Kinderbetreuungsgesetz zu entlasten, habe ich den Gemeindevertreterverband (Verband aller 66 SPÖ-Bürgermeister) mit der Erarbeitung eines sozial gestaffelten Gebührenmodells beauftragt: "Es wäre nur fair und gerecht, die Gebühren an das Einkommen der Eltern zu koppeln. Warum soll beispielsweise eine Kassiererin oder ein Bauarbeiter gleich hohe Kindergartenbeiträge bezahlen wie ein Bank-Manager oder ein hoch bezahlter Anwalt?", so der SPÖ Chef.

Durch das von FPK und ÖVP per Initiativantrag an allen Experten, am Verfassungsdienst und am Gemeindebund vorbei beschlossenen **Kindergarten**-Gesetz trete genau das ein, wovor die SPÖ bei gewarnt hat: "Die ohnehin immer stärker finanziell zur Kasse gebetenen Kärntner Familien werden Dank FPK und ÖVP neuerlich und teils empfindlich geschröpft", stellt Kaiser fest.

Scharfe Kritik übt auch SPÖ Frauenreferentin LR Beate Prettner: "Die Grenze der von Scheuch, Dörfler, Dobernig, Ragger und Martinz den Familien aber auch den Gemeinden zugemuteten Belastungen ist mit dem neuen Kinder-Belastungs-Gesetz jedenfalls überschritten worden!"

Bis zu 35 Euro monatlichen Mehrkosten für Kärntens Familien für einen Kinderbetreuungsplatz sei inakzeptabel und das denkbar schlechteste Signal, um Kärnten als familienfreundliches Bundesland zu etablieren, so Prettner. "Wenn Kärnten wieder einmal anders als alle anderen Bundesländer einen Geburtenrückgang verzeichnet und täglich sieben Menschen Kärnten verlassen und dabei vorwiegend die Jugend unserem Bundesland den Rücken kehrt, dann muss sich auch die FPKÖVP-Dornröschenschlaf-Koalition eingestehen, dass etwas falsch läuft", so Prettner.

Erinnert werden müsse in diesem Zusammenhang auch an die Kürzung des Babygeldes, des Heizkostenzuschusses, des Pendlergeldes, der Wohnbauförderung, der Familienförderung und die Streichung des Gratis-Kindergartens. "Kein Wunder, dass sich immer mehr

Kärntnerinnen und Kärntner überlegen, überhaupt eine Familie zu gründen - die von der ÖVP unterstützte FPK-Familienpolitik ist das wirksamste Verhütungsmittel", übt Kaiser scharfe Kritik.

Dass die FPK den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern zwar eine private Briefumfrage in der Causa Ortstafeln ohne jegliche Rechtsverbindlichkeit um 400.000 Euro zumute, bei den Leistungen für Kärntens Familien aber den Sparstift ansetzt, spreche eine eindeutige Sprache und lasse für Kärntens Zukunft nichts Gutes ahnen, so Prettnner.

Rückfragehinweis:  
SPÖ Kärnten  
Klagenfurt

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/192/aom>

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT \*\*\*

---

## **Stadt will für die FH an einem Strang ziehen**

### Kleine Zeitung

Nächste Woche ist Verwaltungsreform Thema. Im Klagenfurter Magistrat jagt eine Sonderstadtsenatssitzung die andere. Erst gestern wurde über die angekündigte Neuordnung der FH-Standorte diskutiert, schon steht nächsten Dienstag ein weiterer

...

---

## **NIEDERÖSTERREICH**



Niederösterreich: [www.noee.gv.at](http://www.noee.gv.at)

---

## **Meldungen:**

### **Wilfing: Ja zum Ausbau der NÖ-Mittelschule**

#### APA OTS (Pressemitteilung)

In Niederösterreich gibt es bereits heute 50 NÖ-Mittelschulen und mit den nunmehr genehmigten kommen nochmals 28 Standorte dazu. "Gleichzeitig haben sich bereits rund 150 Hauptschulstandorte angemeldet, die ebenfalls NÖ-Mittelschule werden wollen. ...

---

## **OBERÖSTERREICH**



Oberösterreich: [www.ooe.gv.at](http://www.ooe.gv.at)

---

## Meldungen:

### **4,7 Millionen Euro mehr für die Kinderbetreuung in OÖ - Gruppengröße als Voraussetzung für einen Landesbeitrag wurde gesenkt – Mehr Geld pro Gruppe in den Krabbelstuben**

Über zusätzliche 4,7 Mio. Euro vom Land Oberösterreich für Kindergärten, Horte und Krabbelstuben können sich die Gemeinden und anderen Rechtsträger freuen. Das hat die Landesregierung auf Vorschlag von Landesrätin Doris Hummer (ÖVP) in ihrer letzten Sitzung beschlossen. Der Grund: In vielen Einrichtungen werden die im oö. Kinderbetreuungsgesetz festgelegten Mindestzahlen von zehn Kindern pro Gruppe in Kindergärten und Horten und sechs in Krabbelstuben nicht erreicht. „Es wurde daher festgelegt, dass der Landesbeitrag bereits bei Anwesenheit von sieben Kindern im Kindergarten und Hort und fünf Kindern in der Krabbelstube gewährt wird“, stellt Hummer fest. Dazu werde im laufenden Arbeitsjahr der Fixbetrag pro Krabbelstuben-Gruppe von 32.000 auf 35.000 Euro erhöht. Insgesamt macht das 4,7 Mio. Euro aus.

„Dadurch wird sichergestellt, dass die Gemeinden trotz teils prekärer Finanzlage eine optimale Betreuung in Kindergärten und Krabbelstuben bieten können“, betont die grüne Familiensprecherin LAbg. Maria Wageneder. Die Landeshilfe sei aber nur eine vorläufige Maßnahme bis zur Gesamtevaluierung der Novelle zum Kinderbetreuungsgesetz.

### **Gemeindebund fordert Abgeltung aller Kosten**

„Wir anerkennen natürlich, dass Landesrätin Doris Hummer Maßnahmen gesetzt hat“, sagt der oö. Gemeindebund-Präsident Hans Hingsamer, das könne aber nur ein erster Schritt sein. Er fordert die Einhaltung des Versprechens, dass den Gemeinden alle Mehrkosten abgegolten würden, die durch die Einführung des beitragsfreien Kindergartens entstanden sind. Weiters fordert Hingsamer die Vorziehung der Evaluierung des Kindergartengesetzes, damit einige nach Meinung von Bürgermeister\*innen überzogene Maßnahmen „angepasst“ werden können.

<http://www.volksblatt.at/index.php?id=74413&MP=61-9395>

---

### **Finanzforderungen zum Gratiskindergarten**

ORF.at

Als hätte Landesrätin Doris Hummer die öffentliche Kritik des Parteikollegen schon geahnt, reagiert sie mit einer Aufstockung der finanziellen Mittel für den Gratiskindergarten. Rund 4,7 Millionen Euro werden zusätzlich zur Verfügung gestellt, ...

---

---

## **SALZBURG**



Salzburg: [www.salzburg.gv.at](http://www.salzburg.gv.at)

---

---

**Meldungen: keine**

---

---

## **STEIERMARK**



Steiermark: [www.steiermark.at](http://www.steiermark.at)

---

---

**Meldungen: keine**

---

---

## **TIROL**



Tirol: [www.tirol.gv.at](http://www.tirol.gv.at)

---

---

**Meldungen:**

### **24 zusätzliche Neue Mittelschulen**

[ORF.at](http://ORF.at)

In Tirol wird es im kommenden Schuljahr 24 neue Neue Mittelschulen (NMS) geben. Das hat das Bildungsministerium am Dienstag bekannt gegeben. Es wurden alle Standorte genehmigt, die darum angesucht haben. Ab dem Schuljahr 2011/2012 wird es in Tirol ...

---

---

### **"Stressfreie Ferien" - Kinderbetreuung in Innsbruck wird ausgebaut**

[Krone.at](http://Krone.at)

Weiter ausgebaut hat die Stadt Innsbruck die Kinderbetreuung im Sommer: Unter dem Motto "stressfreie Ferien" stehen heuer acht Kindergärten und vier Schülerhorte in der Zeit vom 11. Juli bis 26. August offen. Das Angebot umfasst fast alles, ...

---

---

## **VORARLBERG**



Vorarlberg: [www.vorarlberg.at](http://www.vorarlberg.at)

---

---

**Meldungen: keine**

---

---

## **WIEN**



Wien: [www.wien.gv.at](http://www.wien.gv.at)

---

---

Meldungen: keine

---

## **ELTERN/ ELTERNBILDUNG / ELTERN ALS BILDUNGSPARTNER**

---

### ***Auch Eltern werden gefördert***

Rosenheim - "Viele Kinder, die in den Kindergarten kommen, haben sehr unterschiedliche Defizite. Oft haben sie nicht gelernt, sich altersgemäß zu bewegen oder haben wenig Selbstbewusstsein", beschrieb Silvia Zang, Leiterin des Happinger Kindergartens im Gespräch mit der SPD-Bundestagsabgeordneten Angelika Graf die Probleme, mit denen sie und ihre Kolleginnen zu kämpfen haben. Dazu komme häufig - und beileibe nicht nur bei Migrantenkindern - die fehlende altersgemäße Sprachentwicklung. Die Anerkennung der Sprache als Kommunikationsmittel gehe im Zeitalter des Fernsehens und des Internets zunehmend verloren.

Graf besuchte den Kindergarten, der für die nächsten drei Jahre vom Bundesfamilienministerium mit 25 000 Euro jährlich gefördert wird, um mit einer zusätzlichen Fachkraft diesen Defiziten individuell entgegenzuwirken. "Bei einer Gruppengröße von bis zu 25 Kindern bleibt sonst viel zu wenig Zeit für Kinder, die Förderungsbedarf haben", meint Graf. Für besonders wichtig hält sie den Ansatz des Kindergartens, sich dabei nicht nur der Kinder, sondern auch der Eltern anzunehmen. Elternbildung werde auf die Dauer eines der wichtigsten Themen in der Familienpolitik und müsse öffentlich gefördert werden.

Viele Eltern hätten heute selbst Defizite und müssen erst lernen, mit ihren Kindern zu spielen, sie zur Bewegung anzuleiten und eine altersgemäße freie Entwicklung der Kinder zu unterstützen, betont die Abgeordnete. Sie begrüßt, dass die Sprachvermittlung im AWO-Kindergarten sich sehr am Alltag der Kinder orientiert. Jede Tätigkeit wird sprachlich von den Erzieherinnen begleitet. "Wenn im Rahmen einer solchen Unterstützung des Kindes auch die Mama deutsch lernt, ist beiden Seiten geholfen", gratuliert Graf zu dieser Förderung.

<http://www.ovb-online.de/stadt/auch-eltern-werden-gefoerdert-1238996.html>

---

### ***Studie: Kinder reicher Eltern sind weniger einfühlsam***

Weinheim (dpa/tmn) - Kinder von reichen Eltern haben weniger Einfühlungsvermögen als andere. Das haben Forscher an der University of California in den USA herausgefunden.

Die sozialen Schichten, in denen man aufwächst, beeinflussen die eigene Empathie. Das ist das Ergebnis der US-Studie. Personen aus mittleren und niedrigeren sozialen Schichten seien im Alltag viel stärker auf die Kooperation mit anderen angewiesen. Deshalb entwickelten sie ein besseres Gespür für die Emotionen ihrer Mitmenschen, berichtet die Zeitschrift «Psychologie heute».

In einem Experiment wurden 300 Probanden Fotos gezeigt. Die Teilnehmer sollten aus der Mimik der abgebildeten Person ihre Emotionen sowie deren Intensität ablesen. Bei einem weiteren Versuch nahmen die Probanden an einem fiktiven Vorstellungsgespräch teil. Anschließend sollten sie einschätzen, wie sich ihre Mitbewerber während des Interviews gefühlt haben.

Bei beiden Studien zeigte sich, dass Studenten aus bescheideneren Familien einen höheren Grad an Einfühlungsvermögen zeigten. Dadurch konnten sie die Gefühle ihrer Kommilitonen exakter interpretieren.

### [Kurzfassung der Studie](#)

<http://newsticker.sueddeutsche.de/list/id/1151739>

---

---

## **FAMILIE / FAMILIENPOLITIK**

---

---

### ***DJI erforscht Motive für und gegen gemeinsame Sorgeerklärung nicht miteinander verheirateter Eltern***

#### [Deutsches Jugendinstitut e.V.](#)

Nach einem Kompromissvorschlag, den das Bundesjustizministerium (BMJ) im Februar 2011 vorlegte, soll in Zukunft das gemeinsame Sorgerecht für unverheiratete Eltern zur Regel werden, wenn dies dem Kindeswohl nicht entgegensteht. Bislang erhielten unverheiratete Mütter automatisch das alleinige Sorgerecht. Die Väter hatten keine Möglichkeit, gegen den Willen der Mutter ein gemeinsames Sorgerecht durchzusetzen. Diesen Zustand haben der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte und das Bundesverfassungsgericht beanstandet.

In Deutschland ist eine Eheschließung immer seltener die Voraussetzung für die Geburt eines Kindes. Etwa bei jedem dritten Kind, das in Deutschland geboren wird, sind die Eltern nicht miteinander verheiratet. In den ostdeutschen Bundesländern ist dies wesentlich häufiger der Fall als in den westdeutschen, insbesondere den südwestlichen Bundesländern, aber auch hier ist die Tendenz steigend. Pro Jahr kommen insgesamt rund 220.000 neue Fälle hinzu, für die sich die Frage nach der Erklärung des gemeinsamen Sorgerechts stellt und die von einer Novellierung des Sorgerechts betroffen sind.

Derzeit machen zwischen 50 und 60 Prozent der unverheirateten Eltern von der Möglichkeit Gebrauch, vor dem Jugendamt oder einem Notar die gemeinsame elterliche Sorge zu erklären. Für das Gros der zusammenlebenden Eltern ist die übereinstimmende Sorgeerklärung ein völlig selbstverständlicher Akt, der ihre momentane Lebenssituation als Familie abbildet, so das Ergebnis des interdisziplinären Forschungsprojekts "Gemeinsames Sorgerecht nicht miteinander verheirateter Eltern" vom Deutschen Jugendinstitut (DJI), der Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU) und dem Deutschen Institut für Jugendhilfe und Familienrecht (DIJuF). In dieser repräsentativen deutschlandweiten Untersuchung wurden im Auftrag des Bundesjustizministeriums die Lebenswirklichkeiten nicht miteinander verheirateter Eltern bei Geburt eines Kindes und ihre Beweggründe für oder gegen die Abgabe einer übereinstimmenden Sorgeerklärung erforscht.

Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass ein gemeinsames Sorgerecht für Paare, die ab Geburt des Kindes zusammenleben, angemessen erscheint. Die generelle Zuweisung des gemeinsamen Sorgerechts dürfte nach Einschätzung des Forschungsteams für diese Elternpaare sogar zu einer Entlastung führen, da Paare insbesondere direkt nach der Geburt eines Kindes ohnehin mit vielfältigen Aufgaben konfrontiert seien und so zusätzlicher bürokratischer Aufwand entfielen.

Problematischer sei die generelle Zuweisung des gemeinsamen Sorgerechts für getrennt lebende Elternpaare oder Eltern ohne gemeinsame Partnerschaft. Denn hier könne das gemeinsame Sorgerecht auch zum Konfliktherd werden, erklärt Maria Burschel (DJI), die den qualitativen Untersuchungsteil der Studie durchführte, im Interview mit DJI Online.

Laut DJI-Studie vermissen viele Mütter eine gleichberechtigte Verteilung und tatsächliche Wahrnehmung der alltäglichen elterlichen Sorge und Pflichten und sähen diese gern an die Vergabe des Sorgerechts geknüpft. Doch damit würde man laut Burschel das Sorgerecht überfordern, denn es soll und kann nicht den Alltag zerstrittener Eltern regeln. Verantwortungsvolle gemeinsame Sorge zum Wohl des Kindes setzt reife Eltern-Persönlichkeiten voraus. Dies gilt umso mehr, wenn Eltern getrennt leben.

Ähnlich wie das Team der Studie plädiert auch die Familienrechtsexpertin und ehemalige Justizsenatorin von Hamburg und Berlin, Dr. Lore Maria Peschel-Gutzeit, gegenüber DJI Online für die vom BMJ vorgeschlagene unbürokratische Erlangung der „gemeinsamen Sorge“, wenn die Mutter dem nicht innerhalb einer Frist widerspricht. Denn einige Mütter lehnten das gemeinsame Sorgerecht nicht nur ab, wenn das Kindeswohl in Gefahr sei, sondern beispielsweise auch, weil sie in Konfliktfällen lieber alleine entscheiden, nicht ausreichend über die gemeinsame Sorge informiert seien oder Bürokratie vermeiden wollten. Das vom BMJ vorgelegte Kompromissmodell, so Peschel-Gutzeit weiter, fördere eine frühe gemeinsame Sorge und die damit verbundene gleichberechtigte Aufgabenwahrnehmung beider Eltern.

#### **Weitere Informationen:**

<http://www.dji.de/thema/1105>

---

### ***Ridi Steibl: ÖVP ist die Familienpartei Österreichs***

Utl.: ÖVP-Familiensprecherin weist BZÖ-Kritik zurück =

Wien (OTS/ÖVP-PK) - Die ÖVP ist "die Familienpartei Österreichs". Das zeigt sich auch daran, dass der neue Obmann Michael Spindelegger Familienpolitik zur Chefsache erklärt hat. Gemeinsam mit Minister Mitterlehner will er sich um den Bereich der Familie kümmern, weil ihm dies eine "Herzensangelegenheit" sei, wies heute, Mittwoch, ÖVP-Familiensprecherin Abg. Ridi Steibl die Kritik des BZÖ zurück.

"Schon bisher hat die ÖVP bewiesen, dass ihr die Familien ein Anliegen sind", verwies die Familiensprecherin unter anderem auf zahlreiche Maßnahmen wie das Kinderbetreuungsgeld, das stetig erweitert wurde, die Elternteilzeit, die Familienhospizkarenz oder den Ausbau der **Kinderbetreuung** sowie das letzte Gratis-Kindergartenjahr. "Die Förderung von Familien stellt in Österreich ein zentrales politisches Anliegen dar. Österreich liegt in Europa im Spitzenfeld bei den Zuwendungen", unterstrich die

ÖVP-Abgeordnete.

"Auch das BZÖ sollte in seinem blinden Rundumschlag nicht vergessen, welche Leistungen die ÖVP für die Familien bereits erbracht hat.

Also

keine Sorge - die ÖVP ist und bleibt Familienpartei", so Steibl abschließend in Richtung BZÖ.

(Schluss)

Rückfragehinweis:

Pressestelle des ÖVP-Parlamentsklubs

Tel.: 01/40110/4436

<http://www.oevpklub.at>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/169/aom>

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER  
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT \*\*\*

---

---

## FRAUEN

---

---

### ***Frauen mit Behinderung im Frauengesundheitsbericht***

Mädchen und Frauen mit Behinderung werden laut neuem Frauengesundheitsbericht in wichtigen Bereichen weiterhin diskriminiert.

Aus dem nunmehr [dem Parlament](#) vorliegenden [Frauengesundheitsbericht 2010/2011](#), an dem BIZEPS mitgearbeitet hat, geht hervor, dass Frauen und Mädchen mit Behinderung in den Bereichen Schwangerschaft, Geburt und Kinder weiterhin häufig diskriminiert werden.

In der Gesellschaft bestehen nach wie vor beträchtliche Vorurteile bei den Themen sexuelle Aufklärung, gynäkologische Versorgung und Mutterschaft.

Andererseits sind behinderte Frauen häufiger Opfer von Gewalt und sexuellem Missbrauch. Männern mit einer Behinderung fällt es leichter eine/n Partner/in zu finden als Frauen mit Behinderung.

Gleich betroffen wie Männer sind Frauen mit Behinderung von den nach vor zahlreichen baulichen Barrieren im Gesundheitsbereich. Generell stellt der Bericht fest, dass es für Menschen mit Behinderung kaum geschlechtsspezifische Gesundheitsangebote gibt.

<http://www.bizeps.or.at/news.php?nr=12306>

---

### ***Ein Meilenstein im Kampf gegen Gewalt***

APA OTS (Pressemitteilung)

Das im April dieses Jahres fertig gestellte Europaratsübereinkommen zur Verhütung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt ist das erste rechtsverbindliche Instrument, welches Staaten verpflichtet, gegen gender-spezifische und häusliche Gewalt ...

---

## GENDER

---

### ***Wenn das Frauenservice mit der Männerberatung...***

dieStandard.at

Die GenderWerkstätte Graz liefert wissenschaftlich fundierten Konzepte und praxistaugliche Strategien zum Gender Mainstreaming - in dieser Form einzigartig in ganz Europa. Diese Zusammenarbeit feiert ihren 10. Geburtstag: Die GenderWerkstätte lädt zu ...

---

### ***Tumpel zu Bundesfinanzrahmengesetz: Maßvoller Konsolidierungskurs mit ...***

APA OTS (Pressemitteilung)

Keine Gleichstellung von Frauen und Männern Auch der heurige Strategiebericht enthält wieder einen Abschnitt "Gender Aspekte". Leider wird damit dem Verfassungsziel "bei der Haushaltsführung die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern im ...

→ Siehe auch: [Tumpel zu Bundesfinanzrahmengesetz: Maßvoller Konsolidierungskurs mit sinnvollen Offensivmaßnahmen - Beschäftigungs- und wachstumssteigernde Maßnahmen vorsehen](#)

---

## HORT, HORTPÄDAGOGIK

---

### ***Bmukk plant Einrichtung von Hochschullehrgängen zur Ausbildung für Erzieherinnen und Erzieher für die Freizeit an ganztägigen Schulformen - Hochschullehrgänge für Freizeitpädagogik***

#### **Begutachtungsentwurf – geplante Änderungen**

**Die schulische Tagesbetreuung soll künftig quantitativ und qualitativ ausgebaut werden. Ein Gesetzesentwurf zur Änderung des Schulorganisationsgesetzes (SchOG), des Schulunterrichtsgesetzes (SchUG) u.a. wurde am 15. April 2011 zur Begutachtung versandt.**

***Die Begutachtungsfrist endet am 14. Mai 2011.***

#### **Gesetzesentwurf**

Bundesgesetz, mit dem das Schulorganisationsgesetz, das Schulunterrichtsgesetz, das Pflichtschulerhaltungs- Grundsatzgesetz und das Hochschulgesetz 2005 geändert werden

Die wesentlichen Eckpunkte des Begutachtungsentwurfs lauten:

- **Ausbau der Tagesbetreuung**  
Die Betreuungsplätze der schulischen Tagesbetreuung an öffentlichen allgemein bildenden Pflichtschulen und an der Unterstufe der AHS sollen ausgebaut werden.
- **Freizeitpädagogin/Freizeitpädagoge**  
Es soll ein neues Berufsbild „der Erzieherin/des Erziehers für die Freizeit an ganztägigen Schulformen (Freizeitpädagogin/Freizeitpädagoge)“ eingerichtet werden. Dieses Berufsbild soll ausschließlich im Betreuungsbereich der Freizeit der schulischen Tagesbetreuung zum Einsatz kommen.
- **Einheitliche Ausbildung für Freizeitpädagogik**  
Die Ausbildung für Freizeitpädagogik soll an den Pädagogischen Hochschulen in Form eines Hochschullehrganges im Umfang von einem Jahr angesiedelt werden, wobei bundesweit einheitliche Ausbildungsinhalte auf einem einheitlichen Niveau gesichert werden sollen.
- **Geplantes Inkrafttreten**  
Inkrafttreten voraussichtlich teilweise mit [Kundmachung](#) und teilweise 1. September 2011

[Gesetzestext / PDF, 157 KB](#) . [HTML, 91 KB](#)

[RIS Gesetzespaket, Erläuterungen / PDF, 153 KB](#) . [HTML, 134 KB](#)

[RIS Gesetzespaket TGG / PDF, 117 KB](#) . [HTML, 91 KB](#)

Einbringendes Ressort: BMUKK (Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur)

### **Bisherige Stellungnahmen**

#### **Gewerkschaft Öffentlicher Dienst, Gewerkschaft Pflichtschullehrerinnen und Pflichtschullehrer**

- 02.05.2011 – [Stellungnahme \(1/SN-275/ME\)](#) von **Gewerkschaft Öffentlicher Dienst, Gewerkschaft Pflichtschullehrerinnen und Pflichtschullehrer**

#### **Gewerkschaft Öffentlicher Dienst, AHS-Gewerkschaft**

### **Stellungnahmen an**

Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur  
Frau Bundesministerin Dr.<sup>in</sup> Claudia Schmied  
[claudia.schmied@bmukk.gv.at](mailto:claudia.schmied@bmukk.gv.at)

### **Ergeht zugleich an:**

1. Frau Mag.<sup>a</sup> Christa Wohlkinger, [christa.wohlkinger@bmukk.gv.at](mailto:christa.wohlkinger@bmukk.gv.at)
2. [begutachtung@bmukk.gv.at](mailto:begutachtung@bmukk.gv.at)
3. [begutachtungsverfahren@parlament.gv.at](mailto:begutachtungsverfahren@parlament.gv.at)

**Bezug:**

GZ: 275/ME (XXIV.GP)

**Betrifft:**

Stellungnahmen zu dem Ministerialentwurf des bm.ukk betreffend Bundesgesetz, mit dem das Schulorganisationsgesetz, das Schulunterrichtsgesetz, das Pflichtschulerhaltungs- Grundsatzgesetz und das Hochschulgesetz 2005 geändert werden sollen

---

## **INKLUSION, INKLUSIVE PÄDAGOGIK, BEHINDERUNG**

---

### ***Was in Hessens Bildungssystem geschieht, hat mit Inklusion nichts zu tun***

[Scharf-links.de](http://www.scharf-links.de)

Eine der wichtigsten Voraussetzung dafür ist die Einlösung des Rechts auf Bildung, das ohne Diskriminierung und auf der Grundlage von Chancengleichheit in einem inklusiven Bildungssystem auf allen Ebenen zu gewährleisten ist. ...

[http://www.scharf-links.de/41.0.html?&tx\\_ttnews%5Btt\\_news%5D=16200&tx\\_ttnews%5BbackPid%5D=16&cHash=9d7d2c9442](http://www.scharf-links.de/41.0.html?&tx_ttnews%5Btt_news%5D=16200&tx_ttnews%5BbackPid%5D=16&cHash=9d7d2c9442)

---

## **JUGENDSCHUTZ / JUGENDWOHLFAHRT**

---

### ***Trinker werden immer jünger***

[derStandard.at](http://www.derStandard.at)

Im Wirtschaftsministerium, das für den Jugendschutz zuständig ist, erhofft man sich laut Ö1 durch ein einheitliches Jugendschutzgesetz Besserung. Im Juni soll es eine Einigung geben. Das Gesundheitsministerium hat vor wenigen Wochen eine neue Kampagne ...

---

## **KINDERBETREUUNG / KINDESENTWICKLUNG / KINDERERZIEHUNG**

---

### ***Die kleinste Minderheit im Kindergarten***

**Im vergangenen Kindergartenjahr haben mit September 2010 in Wien lediglich 49 Unter-Einjährige mit dem Kindergarten begonnen.**

In vielen EU-Ländern, etwa Frankreich, ist es eine Selbstverständlichkeit, Babys wenige Monate nach der Geburt in eine Kinderkrippe zu geben, um wieder in den

Berufsalltag zurückzukehren. Österreich tut sich hier im Vergleich noch schwer. Vor allem im Bereich der Unter-Einjährigen ist die Nachfrage sehr gering. Das zeigt auch folgende Statistik: Im vergangenen Kindergartenjahr haben mit September 2010 in Wien beispielsweise lediglich 49 Kinder unter einem Jahr mit dem Kindergarten begonnen. Das teilte die Magistratsabteilung 10 - Wiener Kindergärten mit. 2009 waren es über das ganze Jahr verteilt in Wien 294 Kinder, österreichweit 537 Kinder.

Bei den Null- bis Dreijährigen gibt es in Wien im städtischen und privaten Bereich im Moment 13.460 Betreuungsplätze; das bedeutet für 30 Prozent der Null- bis Dreijährigen gibt es einen Betreuungsplatz. Bis Ende des Jahres will man durch den Ausbau von 2.200 Plätzen das Barcelona-Ziel erreichen, das bei 33 Prozent liegt. Rechnet man die Gruppe der Unter-Einjährigen nicht ein, so gibt es einen Versorgungsgrad von 45 Prozent für die Ein- bis Dreijährigen.

Die Grünen kritisierten die Bundesregierung für den langsamen Ausbau der Betreuungsplätze. Sie fordern eine Platzgarantie für jedes Kind ab dem 1. Geburtstag. ([derStandard.at berichtete](http://derStandard.at/berichtete))

### **"Rabenmütter"**

Doch woran liegt es, dass es Österreich noch immer nicht Gang und Gäbe ist, die Kinder möglichst früh in Betreuung zu geben? Sabine Buchebner-Ferstl, Psychologin am Institut für Familienforschung, sagt im Gespräch mit derStandard.at, dass das Mutterbild in Österreich nach wie vor ein veraltetes sei. Mütter würden als "Rabenmutter" bezeichnet, wenn sie ihr Kind sehr früh in Betreuung geben. Dabei, so die Psychologin, "schadet Kinderbetreuung nicht". Weder Kindern noch Eltern würde es nützen, die Kinder länger zuhause zu behalten.

Das Problem sei außerdem oft, dass die Qualität der Betreuung in den Einrichtungen nicht passt: dass etwa der Betreuungsschlüssel nicht zufriedenstellend sei. Zudem "bremst" der Staat, was den Ausbau der Betreuungsplätze betrifft, so Buchebner-Ferstl.

### **Kein Bundeszuschuss mehr**

Das sagt auch Ingrid Moritz, Leiterin der Abteilung Frauen- und Familienpolitik in der Arbeiterkammer. Österreich habe "wenig investiert", um das Barcelona-Ziel von 33 Prozent zu erreichen. In den Jahren 2008, 2009, 2010 habe es jeweils einen Bundeszuschuss von 15 Millionen Euro an die Länder für den Ausbau der Kinderbetreuung gegeben, dieser Zuschuss wurde nun allerdings wieder gestrichen. "Es wird zu wenig in die Hand genommen, die Bundesmittel haben gewirkt, das war ein Anreiz an die Länder", so Moritz.

Das Argument, dass Eltern ihre Kinder in sehr jungen Jahren noch nicht in Betreuung geben wollen, lässt Moritz nicht gelten. "Dort, wo es Kinderbetreuung gibt, wo die Qualität auch passt, steigt der Bedarf", ist sie überzeugt.

### **Großer Druck am Land**

Vor allem im ländlichen Bereich gebe es noch viel Aufholbedarf: "Es gibt einen enormen Druck für Eltern und vor allem für Alleinerziehende, weil zu wenige Betreuungsplätze vorhanden sind."

Zu der Betreuungssituation der Unter-Einjährigen sagt Moritz: "Man kann den Eltern nicht vorschreiben, wann sie ihr Kind in Betreuung geben sollen, aber es sollte immer die Möglichkeit geben: wenn ich mein Kind mit einem halben Jahr in Betreuung geben möchte, dann soll es auch möglich sein."

<http://derstandard.at/1304551487560/Die-kleinste-Minderheit-im-Kindergarten>

---

---

## MÄNNER IM KINDERGARTEN

---

---

### *Allein unter Frauen*

[Frankfurter Rundschau](#)

Diese Frage kann einem schon mal gestellt werden, wenn man als Mann in einem Kindergarten arbeitet. Männliche Erzieher sind bisher eine Ausnahme, doch die Tendenz ist steigend Erzieher lassen Jungs auch raufen und bauen toll mit Lego. ...

---

---

## PÄDAGOGISCHE HOCHSCHULEN, UNIVERSITÄTEN

Übersicht

Inskription

---

---

***"Lehrer sind für Wandel bereit" - Marlies Krainz-Dürr, Rektorin der pädagogischen Hochschule, will mehr Förderung für Begabte und die Ganztagschule.***

**MARLIES KRAINZ-DÜRR:** Im Großen und Ganzen stellt das Volksbegehren die richtigen Forderungen. Einzelne Formulierungen, in denen es etwa darum geht, sich "der pädagogischen Hochschulen zu bedienen", gefallen mir aber nicht.

*Was muss sich im Bildungssystem ändern?*

**KRAINZ-DÜRR:** Es hat sich bereits Entscheidendes getan. Dass jetzt einheitliche Bildungsstandards eingeführt wurden, ist ein Paradigmenwechsel. Denn nun ist genau definiert, was ein Schüler am Ende seiner Laufbahn anwenden können muss. Das Auswendiglernen von Wissen wird damit weniger wichtig. Die Schüler sollen zum Beispiel einen Text von Goethe einordnen und interpretieren können, aber nicht auswendig runterbeten müssen.

*Reicht das schon aus, um die Schüler fit für die Zukunft zu machen?*

**KRAINZ-DÜRR:** Nein, da sind mehrere Knackpunkte, die man gleichzeitig angehen muss. Die größte Herausforderung wird es sein, das Potenzial jedes Kindes optimal auszuschöpfen. Begabungen sollen mit mehr Angeboten gefördert werden.

*Hätte ich nach diesem Modell in der Schule mit einer Begabung für Sprachen dafür mein Angstfach Mathematik streichen können?*

**KRAINZ-DÜRR:** Streichen nicht, aber Sie hätten langsamer lernen können und weniger Stoff machen müssen als die guten Mathematiker. Dafür wäre mehr Platz für Inhalte, die Sie gefördert hätten.

*Weitere "Knackpunkte"?*

**KRAINZ-DÜRR:** Die ganztägige Schulform ist eine gesellschaftliche Notwendigkeit. Nicht alle Kinder haben das Glück, dass eine Oma mit ihnen am Nachmittag Vokabeln lernt. Gerade Kinder aus bildungsfernen Schichten werden davon profitieren, wenn sie sich mehr in einem anregenden Bildungsumfeld aufhalten.

*Dann müssen Lehrer länger in der Schule sein. Wollen die das auch?*

**KRAINZ-DÜRR:** Natürlich müssen die baulichen Voraussetzungen erfüllt sein, Lehrer brauchen einen vernünftigen Arbeitsplatz. Ich habe aber Bereitschaft zur Veränderung unter den Kollegen gespürt.

<http://www.kleinezeitung.at/kaernten/2740253/lehrer-sind-fuer-wandel-bereit.story>

---

## ***Neuer Hochschulrat der Pädagogischen Hochschule Oberösterreich***

Linz (OTS) - **Josef Fragner ist neuer Vorsitzender** des Hochschulrates an der Pädagogischen Hochschule OÖ. Er wurde in der konstituierenden Sitzung vom 11. Mai 2011 einstimmig zum Vorsitzenden gewählt.

Dem Hochschulrat gehören noch folgende Mitglieder für die Dauer von fünf Jahren an:

Dr. Johannes **Riedl**, langjähriger Direktor der Pädagogischen Akademie der Diözese Linz und Präsident des LSR OÖ iR. Er ist von der Landesregierung OÖ in den Hochschulrat entsandt und gehörte auch schon dem letzten Hochschulrat an.

Fritz **Enzenhofer**, Amtsführender Präsident des LSR OÖ, er ist gem. § 12 (1) des Hochschulgesetzes im Hochschulrat und war Vorsitzender des letzten Hochschulrates.

Dr. Brigitte **Leidlmayer**, Vizepräsidentin des LSR OÖ, sie war viele Jahre in verschiedenen Funktionen an der Pädagogischen Akademie des Bundes in OÖ tätig.

Univ.-Doz. Dr. Erhard **Glötzl**, er war lange Zeit Lehrbeauftragter an der Pädagogischen Akademie des Bundes in OÖ und an der Universität Linz im naturwissenschaftlichen Bereich, zuletzt war er Vorstandsmitglied der Linz AG.

Zur Person des Vorsitzenden:

Josef Fragner, geb.1949, verheiratet, einen Sohn

Volksschul-, Hauptschul- und Sonderschullehrer, Univ.-Lektor, Professor und dann langjähriger Direktor an der Pädagogischen Akademie des Bundes in OÖ.

In einer ersten Stellungnahme freute sich der neue Vorsitzende, für eine so exzellente Institution seine Erfahrung einbringen zu können, an der er lange Zeit in führender Position verantwortlich war. Er möchte die Attraktivität des Bildungsangebotes - er spricht absichtlich von Bildung und nicht von Ausbildung - für junge Pädagoginnen und Pädagogen noch steigern. In der Fort- und Weiterbildung soll Beteiligung statt Belehrung im Mittelpunkt stehen und durch Kooperationen mit den Universitäten soll im Linzer Raum ein breiteres Studienangebot als bisher entstehen.

Rückfragehinweis:

Claudia Gartner

Leitung Stabstelle Presse und PR

Pädagogische Hochschule OÖ

email: [claudia.gartner@ph-ooe.at](mailto:claudia.gartner@ph-ooe.at)

Mobil: +43 680 238 34 66

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/11422/aom>

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT \*\*\*

---

---

## PARLAMENT UND ÖFFENTLICHE INSTITUTIONEN

---

---

### ***AVISO: Wiener Gespräche zur politischen Bildung***

Vortrag und Diskussion am 11. Mai um 18 Uhr im Palais Epstein

Wien (PK) - Die Präsidentin des Nationalrats, Barbara Prammer, und das Department für Didaktik der politischen Bildung der Universität Wien laden heute zum zweiten Vortrag der Reihe "Wiener Gespräche zur politischen Bildung" um 18 Uhr in das Palais Epstein ein.

Politische Bildung ist in vielfacher Weise im schulischen Fächerkanon verankert - einerseits als ein für alle Fächer verbindliches Unterrichtsprinzip, andererseits im Rahmen verschiedener Kombinationsfächer. Im Mittelpunkt der dreiteiligen Vortragsreihe steht die Frage, welche Konsequenzen sich aus dieser für Österreich charakteristischen Form der "politischen Bildung im Fächerverbund" für die konkrete Unterrichtspraxis ergeben.

Das Thema des zweiten Vortragsabends lautet "Politische Bildung im Fächerverbund

aus der Sicht der Geografie und Wirtschaftskunde". Ao.Univ.Prof. Dr. Christian Vielhaber (Geografiedidaktiker, Universität Wien) geht in seinem Vortrag auf den Beitrag, den das Fach "Geografie und Wirtschaftskunde" zur politischen Bildung von SchülerInnen leistet, ein und skizziert die sich daraus ergebenden didaktischen und methodischen Konsequenzen. Viele Inhalte der politischen Bildung, wie etwa Fragen der Bevölkerungsentwicklung und –struktur, der Migrations-, Familien-, Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik sowie des interkulturellen und globalen Lernens, sind in diesem Fach angesiedelt. Eingeleitet wird die Veranstaltung durch Univ.Prof. Dr. Wolfgang Sander vom Department für Didaktik der politischen Bildung an der Universität Wien.

Im ersten Vortrag dieser Reihe am 14. April 2011 untersuchte Alois Ecker von der Universität Wien den Beitrag des Unterrichtsfaches "Geschichte" zur politischen Bildung.

Ein weiterer Termin der "Wiener Gespräche" im Palais Epstein ist für den 8. Juni 2011, ebenfalls um 18 Uhr, vorgesehen. Dabei wird der Fragestellung "Politische Bildung im Fächerverbund" aus der Sicht der Politikdidaktik nachgegangen. Im Anschluss an den jeweiligen Vortrag bietet sich Gelegenheit zu einer Publikumsdiskussion. (Schluss)

[http://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR\\_2011/PK0469/index.shtml](http://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2011/PK0469/index.shtml)

---

## ***Tumpel zu Bundesfinanzrahmengesetz: Maßvoller Konsolidierungskurs mit sinnvollen Offensivmaßnahmen - Beschäftigungs- und wachstumssteigernde Maßnahmen vorsehen***

Wien (OTS) - Der von der Finanzministerin vorgelegte Entwurf des Bundesfinanzrahmengesetz 2012 bis 2015 (BFRG) hat - so eine erste Analyse der AK - durchaus positive Aspekte. Für AK Präsident Herbert Tumpel ist es vor allem wichtig, dass die Budgetkonsolidierung mittelfristig angelegt wird: "Das ist klug, denn wir sind noch immer mit konjunkturellen Unsicherheiten konfrontiert. Wir müssen so gut es geht jede Schwächung der Konjunktur vermeiden und die Beschäftigung weiter stärken." Kritik kommt vom AK Präsidenten an der mangelnden Berücksichtigung der budgetären Auswirkungen auf die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern. Tumpel: "Da hätte ich mir mehr erwartet. Wir wissen zu wenig über die unterschiedlichen Auswirkungen von Einnahmen und Ausgaben auf Frauen und Männer."

### **Positiv: Lockerung des Ausgabenpfades**

Die Entscheidung, den restriktiven Ausgabenpfad des Vorjahres zu lockern und weitere Offensivmaßnahmen für mehr Beschäftigung zu finanzieren, ist laut AK Analyse der richtige Weg. Damit werden die Forderungen der Bundesarbeitskammer aus dem Vorjahr erfüllt: Neuverschuldung und Schuldenquote werden mittelfristig vor allem durch die verbesserte Konjunktursituation reduziert. Die übertriebenen Ausgabenkürzungen des Vorjahres wurden korrigiert. Und die wenigen Spielräume für Offensivmaßnahmen, sinnvolle Neuerungen im Schulbereich und zumindest einen ersten Schritt in Richtung Lösung der Pflegeproblematik werden genutzt. "Aber für

beschäftigungsfördernde Maßnahmen muss mehr drinnen sein, zum Beispiel für **Kinderbetreuung** oder aktive Arbeitsmarktpolitik", sagt Tumpel.

#### **Optimismus beim Defizitabbau**

Das administrative Defizit des Bundes sinkt von 7,6 Mrd Euro im Jahr 2011 auf rund 4,4 Mrd Euro im Jahr 2015. Das Maastricht-Defizit des Bundes soll so von 3,7 Prozent des BIP 2010 auf 1,6 Prozent 2015 sinken. Gleichzeitig reduziert sich das gesamtstaatliche Maastricht-Defizit von 4,6 Prozent 2010 auf 2,0 Prozent des BIP 2015 - unter der Voraussetzung, dass Länder und Gemeinden den Budgetpfad einhalten und die gesamtwirtschaftliche Prognose hält. Der Pfad des gesamtstaatlichen Maastricht-Defizits entspricht somit der Vorgabe auf europäischer Ebene im Rahmen des laufenden Defizitverfahrens, wonach bis 2013 die staatliche Neuverschuldung unter 3,0 Prozent der Wirtschaftsleistung (BIP) liegen muss.

#### **Steuerstrukturreform muss angegangen werden**

Die Bundesarbeitskammer hält an ihrer grundsätzlichen Forderung nach einer Steuerstrukturreform weiter fest: Ausgehend von den positiven ersten Schritten in Richtung Anhebung des Anteils vermögens- und kapitalbezogenen Steuern auf den europäischen Durchschnitt im Zuge der Budgetkonsolidierung sollen nun weitere Schritte folgen und im Gegenzug die Abgabenbelastung des Faktors Arbeit gesenkt werden. Um den Konsolidierungserfolg nicht zu gefährden bzw weitere Sparpakete zu vermeiden, muss die Steuerstrukturreform aufkommensneutral gestaltet werden.

#### **Keine Gleichstellung von Frauen und Männern**

Auch der heurige Strategiebericht enthält wieder einen Abschnitt "Gender Aspekte". Leider wird damit dem Verfassungsziel "bei der Haushaltsführung die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern im öffentlichen Haushaltswesen anzustreben" aber weiterhin kaum Rechnung getragen. Implizit kann die Strategie des Bundes dahingehend interpretiert werden, dass von der Ankündigung des Gender-Budgeting abgegangen und stattdessen eine "fragmentierte Strategie" umgesetzt wird: Pilotprojekte statt einer umfassenden, allgemeinen Gleichstellung.

#### **Konsolidierung mit Maß**

Da ein Rückschlag bei der wirtschaftlichen Erholung nicht auszuschließen ist, eine Lösung der europäischen Verschuldungsproblematik noch nicht absehbar ist und die europäische Zentralbank weitere Zinsanhebungen durchführen könnte, bleibt ein Abwärtsrisiko bestehen. Die Budgetkonsolidierung soll nach Ansicht der AK mittelfristig ausgerichtet sein und bei den immer noch gegebenen Unsicherheiten eine Schwächung der konjunkturellen Aufschwungstendenzen vermeiden. Insbesondere müssen mehr beschäftigungs-politische Maßnahmen (zB **Kinderbetreuung**) vorgesehen werden.

Rückfragehinweis:

AK Wien Kommunikation  
Thomas Angerer  
Tel.: +43-1 501 65-2578  
<mailto:thomas.angerer@akwien.at>  
<http://wien.arbeiterkammer.at>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/26/aom>

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER  
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT \*\*\*

---

# PLATTFORM EDUCARE

Selbstverständnis  
Forderungen  
Mitglieder  
Presse-Aussendungen

---

An alle Mitglieder, Freunde der Plattform EduCare  
und alle Bezieher unseres Informationsdienstes

## ***Wechsel in der Arbeit der Plattform EduCare***

Sehr geehrte Mitglieder und Freunde!  
Sehr geehrte Bezieher unseres Informationsdienstes!

Nach den Jahren der Aufbauarbeit der Plattform EduCare legt [Johannes-Maria Lex](#) als für Informationsdienst, Mitgliederbetreuung, Onlinedienste, Homepage, Pressearbeit und Sekretariat Verantwortlicher seine Arbeit in jüngere Hände. Wir danken ihm für seine wertvolle und unermüdliche Arbeit sehr herzlich und wünschen ihm für die Zukunft alles Gute!

Frau [Christina Palfinger-Merk](#) wird ab sofort seine Agenden übernehmen.

Frau Palfinger-Merk wird diese Arbeit vollberuflich erledigen. Damit wir die Kosten dafür aufbringen können, haben bereits viele [Mitglieder, Träger, Freund/innen und Freunde sowie Sponsoren](#) Gelder aufgebracht.

**Leider reichen diese Einzahlungen jedoch *nicht* aus, um damit unsere Arbeit für Sie und die Elementarpädagogik in Österreich so wie bisher weiterführen zu können.**

Wir regen an, dass für den Bezug des Informationsdienstes von allen Empfängern ein Unkostenbeitrag geleistet wird – ein Betrag von € 10,00 oder mehr wäre schon sehr hilfreich:

Konto-Nummer 09726603500,  
Bankleitzahl 12000 Bank Austria Unicredit Group  
IBAN: AT94 1100 0097 2660 3500  
BIC: BKAUATWW

Mit freundlichen Grüßen  
**Plattform EduCare**  
Steuergruppe

*Gernot Rammer*

*Bettina Wachter*

---

---

# SPRACHE, SPRACHENTWICKLUNG, SPRACHFÖRDERUNG

---

---

## ***Offener Brief: Deutsch lernen und Integration***

Antwort an: [vorstand@oedaf.at](mailto:vorstand@oedaf.at)

Liebe Abonennnt\_Innen der ÖDaF-Mailingliste!

Hiermit möchten wir Sie/Euch über den Offenen Brief informieren, den der ÖDaF-Vorstand gemeinsam mit Vertreter\_Innen des Netzwerk Sprachenrechte ([www.sprachenrechte.at](http://www.sprachenrechte.at)) an Frau Bundesministerin Mikl-Leitner und Herrn Staatssekretär Kurz sowie Medienvertreter\_Innen geschickt hat. Den Offenen Brief finden Sie untenstehend, die Stellungnahmen auf unserer Homepage [www.oedaf.at](http://www.oedaf.at)

Mit herzlichen Grüßen

Nicola Kraml  
für den ÖDaF-Vorstand

---

Sehr geehrte Frau Bundesministerin,  
Sehr geehrter Herr Staatssekretär,

wir nehmen Ihre Bestellung zur Bundesministerin und zum Staatssekretär zum Anlass, uns mit diesem Offenen Brief an Sie zu wenden.

Als Einrichtungen bzw. Netzwerke, die sich seit Jahrzehnten mit Sprachenpolitik, Integration und dem Erwerb und Unterricht von Deutsch als Zweitsprache beschäftigen, möchten wir Ihnen einige Informationen zukommen lassen, die für Sie in der Beschäftigung mit Ihrem Ressort von großer Wichtigkeit sein werden.

Der Österreichische Verband für Deutsch als Fremd- und Zweisprache (ÖDaF, [www.oedaf.at](http://www.oedaf.at)) ist seit mehr als 25 Jahren als Fachverband tätig. Seit ebenso langer Zeit arbeiten wir professionell im Bereich der Sprachförderung, da MigrantInnen hier nicht erst seit der Einführung verpflichtender Maßnahmen Deutsch lernen (wollen) und das in unzähligen Kursen seit drei Jahrzehnten auch tun.

Das Netzwerk SprachenRechte ([www.sprachenrechte.at](http://www.sprachenrechte.at)) als ein freier Zusammenschluss von ExpertInnen aus Wissenschaft und Praxis, die sich mit sprachenrechtlichen und sprachenpolitischen Themen befassen, hat immer wieder auch Vorschläge und Stellungnahmen zur Rolle der deutschen Sprache im Zusammenhang mit Aufenthalts- und Staatsbürgerschaftsrecht wie auch des Asylverfahrens vorgelegt.

Sowohl der ÖDaF als auch das Netzwerk SprachenRechte haben zuletzt zur Novelle des Fremdenrechts und zu den geplanten Maßnahmen zum Deutschlernen Stellung bezogen. Wir erlauben uns, diese Stellungnahmen mit diesem Schreiben noch

einmal zu übermitteln.

Insbesondere möchten wir Sie darauf hinweisen, dass es leider bisher keine Studie/Evaluierung zum Erfolg der Integrationsvereinbarung seit ihrer Einführung 2003 bzw. der Verschärfung 2005 gibt. Es fehlen verlässliche Daten, und als ExpertInnen finden wir es höchst befremdend, dass eine erneute Verschärfung/Veränderung der Maßnahmen vorgenommen wird, ohne die vorangegangenen zu evaluieren. Es müsste zunächst einmal grundsätzlich erfasst werden, wie viele Personen bisher die IV überhaupt erfüllt/nicht erfüllt haben und es müssten die Gründe für die Nicht-Erfüllung ermittelt werden. Außerdem müsste der gewünschte Erfolg (bessere „Integration“ in Gesellschaft, mehr Teilhabe am gesellschaftlichen Leben etc.) längerfristig beobachtet werden, bevor hier neue Maßnahmen und Verpflichtungen geschaffen werden.

Im Gegensatz zu Deutschland gibt es in Österreich keinen wissenschaftlichen Beirat, der die Einführung und Durchführung der Integrationskurse im Konkreten begleitet. Der Österreichische Integrationsfonds hat unsere bisherigen Einladungen zu entsprechenden Konferenzen nicht angenommen. So fehlen genauere Bedarfserhebungen und mit den österreichischen ExpertInnen gemeinsam entwickelte Curricula.

Aktuell betrachten wir mit Befremden ein Schreiben des ÖIF vom 20.4.2011 an Einrichtungen, die für die Durchführung von Integrationskursen zertifiziert sind/waren, in dem der ÖIF (bereits vor Beschluss des Gesetzes) den Einrichtungen Durchführungsbestimmungen bekannt gibt, die wir für höchst bedenklich halten:

- Der Tatsache, dass keine Kostenrückerstattung für Integrationskurse möglich sein soll, wenn diese nicht mit der zentralen Prüfung des ÖIF abgeschlossen werden, können keine integrationspolitischen Gründe, sondern höchstens finanzielle Interessen zugrunde liegen. Es ist absolut undurchsichtig, warum MigrantInnen nicht freie Auswahl unter Prüfungen haben sollen, von denen manche (z.B. das ÖSD-Diplom) ja auch international anerkannt sind. Hier wird einmal mehr die höchst problematische Rolle des ÖIF als gleichzeitig mit der Durchführung der IV beauftragte und andere Einrichtungen zertifizierende Institution und andererseits als konkurrierend agierendes Unternehmen sichtbar. Das ÖSD und andere anerkannte Prüfungsformate müssen weiterhin für MigrantInnen nicht nur als akzeptierte Diplome zum Erfüllen der IV, sondern auch für die Kostenrückerstattung anerkannt werden.

- Der Ankauf des DTZ und dessen „Austrifizierung“ wurden bereits im Vorfeld kritisiert; diesbezüglich ist ja auch die Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage an die Innenministerin noch ausständig. Aus dem genannten Schreiben des ÖIF geht nun hervor, dass ein Einsatz dieses DTÖ nun lediglich zur Erfüllung des Moduls 2 der Integrationsvereinbarung geplant ist, was von blankem Unverständnis bei den entscheidenden Stellen zeugt. Der DTZ als skalierte Prüfung wurde entwickelt um den KandidatInnen nach Ihrem Antreten ein Diplom/Ergebnis - also entweder A2 oder B1 - überreichen zu können. Diesen Test nun nicht generell als mögliche Prüfung nach Abschluss der Integrationskurse einzusetzen (und damit jenen TeilnehmerInnen, die das schaffen können, bereits mit einem Antreten das Erfüllen beider Module zu ermöglichen), ist fachlich ebenso wie (für die Betroffenen) ökonomisch nicht zu rechtfertigen. Es ist unter diesen Umständen absolut unverständlich, warum die skalierte Prüfung überhaupt angekauft wurde, denn für den Einsatz wie geplant ist jede vorhandene B1-Prüfung (z.B. ÖSD-Diplom) möglich.

Wir ersuchen Sie, unsere Sorgen ernst zu nehmen und gemeinsam mit Ihren MitarbeiterInnen und den ausführenden Stellen die getroffenen Entscheidungen noch einmal zu überdenken.

Wir halten das jetzt beschlossene Gesetz unter menschenrechtlichen Gesichtspunkten wie auch in vielen konkreten organisatorischen Details für sehr problematisch. Unser Appell an Sie ist, die von uns befürchteten Auswirkungen nicht auch noch durch problematische administrative Regelungen zu verschlimmern.

Mit freundlichen Grüßen  
Vorstand und VertreterInnen von  
Netzwerk SprachenRechte und  
Österreichischer Verband für Deutsch als Fremd- und Zweitsprache

---

## STELLENAUSSCHREIBUNGEN

---

### ***Ausschreibung Leitung Kindergarten und Hort in Wien***

Mit September 2011 werden folgende Leitungspositionen in der ZPC ausgeschrieben.

1. pädagogische Leitung Kindergarten
2. pädagogische Leitung Hort

**Bewerbungen an Mag. Daniel Brandel, [bewerbung@zpc.at](mailto:bewerbung@zpc.at)**

Susanne Schrott  
Leiterin  
Jugendtreff OPS, projekt: STIEGE 41  
1100 Wien, Otto Probst Str.3/10/Lokal 3  
0676 897 060 103  
[s.schrott@jugendzentren.at](mailto:s.schrott@jugendzentren.at)

---

### ***Ausschreibung Pädagogische Leitung Kindergarten und Hort in Wien***

Wir sind eine konfessionelle Privatschule in 1020 Wien mit Kindergarten, Volksschule samt Hort und AHS mit Nachmittagsbetreuung. Wir sind ein gut ausgestattetes Haus mit großem Garten, zweisprachiger Betreuung sowie vielfältigen Zusatzleistungen und sind gut mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen.

Ab September 2011 kommen folgende Stellen zur Ausschreibung:

1. Pädagogische Leitung Kindergarten

## 2. Pädagogische Leitung Hort

Wir wünschen uns von unseren neuen Leitungen:

- Freude an der Arbeit mit Kindern • Selbstbewusstes Auftreten und Kommunikationsfreude • Abgeschlossene einschlägige Ausbildung und mehrjährige Erfahrung • Leitungskompetenz und Erfahrung in der Personalführung • Englischkenntnis von Vorteil

Wir bieten unseren neuen Leitungen:

- Gestaltungsmöglichkeiten in einem herausfordernden Tätigkeitsfeld • Moderne Einrichtung auf dem neuen IKG-Campus • Vielfältiger Aufgabenbereich

**Ihre aussagekräftige Bewerbung richten Sie bitte an: Verein zur Erhaltung der ZPC Schule z.Hdn. Mag. Daniel Brandel Simon-Wiesenthal-Gasse 3, 1020 Wien oder per E-Mail an: [bewerbung@zpc.at](mailto:bewerbung@zpc.at)**

---

---

## VERANSTALTUNGEN UND EVENTS

Kindgemäße Pädagogik - Veranstaltungen und Events

---

---

### ***AVISO: Wiener Gespräche zur politischen Bildung***

Vortrag und Diskussion am 11. Mai um 18 Uhr im Palais Epstein

→ Siehe auch: [AVISO: Wiener Gespräche zur politischen Bildung](#)

---

### ***Bildungssymposium thematisiert Chancengleichheit in der Bildung***

bildungsklick.de

Eine wichtige Voraussetzung, damit Thüringen Bildungsland Nr. 1 werden kann, sind gleiche Chancen in der Bildung. Dies ist auch Motto des 9. Thüringer Bildungssymposiums, das am 14. Mai 2011 auf dem Campus der Universität Erfurt stattfindet. ...

---

### ***Veranstaltungen am 11. Mai 2011***

[Radio Arabella](#)

Das Gemeinsame, das Trennende, das Teilen - diesem Motto widmet die **BaKip Linz** und die Europaschule Linz einen ganzen Theaterabend. ...

---

### ***Symposium "Kinderbetreuung im ländlichen Raum" am 24. Mai***

Wien (OTS) - Die Arbeitsgemeinschaft Österreichische Bäuerinnen veranstaltet gemeinsam mit dem Netzwerk "Frau in der Wirtschaft" heuer erstmals ein Symposium zum Thema "Kinderbetreuung im ländlichen

Raum". Es findet am 24.05.2011 ab 14.00 Uhr in der Skylounge der Wirtschaftskammer Österreich statt. Im Rahmen dieser Tagung geht es insbesondere um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Anhand von Praxisbeispielen wird auf die Situation am Land eingegangen und eingehend über innovative Betreuungsmöglichkeiten diskutiert.

Nach der Begrüßung durch Martha Schultz (Vizepräsidentin WKÖ ) und Gerhard Wlodkowski (Präsident der LKÖ) wird Bundesminister Reinhold Mitterlehner das Symposium eröffnen. Ein Impuls-Referat von Univ.-Prof. Christoph Mazal beleuchtet die Besonderheiten und Kosten der Kinderbetreuung im ländlichen Raum. In weiteren Referaten werden Best Practice-Beispiele aus Deutschland und Österreich gezeigt. An der abschließenden Podiumsdiskussion nehmen unter anderem Adelheid Fürntrath-Moretti (Bundesvorsitzende FiW), Anna Höllerer (Vorsitzende der ARGE Österreichische Bäuerinnen) und Präsident Helmut Mödlhammer (Österreichischer Gemeindebund) teil. Anmeldungen zur Tagung sollten bis spätestens Montag, 16.05., per Mail an:

[fiw@wko.at](mailto:fiw@wko.at)

oder an

[m.glatzl@lk-oe.at](mailto:m.glatzl@lk-oe.at)

erfolgen.

### **Symposium "Kinderbetreuung im ländlichen Raum" am 24. Mai**

**Datum: 24.5.2011, um 14:00 Uhr**

**Ort: Skylounge der Wirtschaftskammer Österreich  
Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien**

Rückfragehinweis:

Michaela Glatzl, Abteilung Präsidium - Bäuerinnen

Tel. +43/1/53441-8517

E-Mail [m.glatzl@lk-oe.at](mailto:m.glatzl@lk-oe.at)

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/5066/aom>

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER  
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT \*\*\*

---

### ***Internationaler Familientag der UNO – Veranstaltung 14.05.2011***

Die Föderation für Weltfrieden lädt Sie gemeinsam mit der Österreichischen Familienföderation herzlich ein

**Internationaler Familientag der UNO  
(UNO-Thema: "Confronting family poverty and social  
exclusion")**

**Samstag, 14. Mai 2011, ab 14:30 Uhr**

**Ort: Seidengasse 28/4 im Hof rechts, 1070 Wien**

Programm:

14:30 Begrüßungskaffee

15:00: Mag. Barbara Nanoff-Schediwy, Mediatorin

Dr. Michaela Moser, Armutskonferenz

16:00 Diskussion

16:30 Pause

17:00: Dr. Carlo Nagy-Babiak, Mediziner mit logotherapeutischer Qualifikation,  
Sozial- und Lebensberater, Familienberater und Mediator

Mag. Xiaoyan Wang, „Familiendition in China“

Mag. Elisabeth Cook, UPF, "Familie als Grundlage einer Kultur des Friedens"

18:30: Kulturelles Programm: Slowakische Kindertanzgruppe „Rosmarin“

19:00 Buffet

Unkostenbeitrag: 5 Euro

Anmeldung & weitere Infos: 0650/6015434, 0650/2588846; E-Mail:

[info@weltfriede.at](mailto:info@weltfriede.at)

---

---

## SONSTIGES

---

---

### ***Was ein siebenjähriges Kind wissen sollte***

Auch bei Regen längere Zeit im Freien gewesen sein sollte ein siebenjähriges Kind - findet die Kinder-Lobby.

Was sollte ein Kind von sieben Jahren schon alles erlebt haben, womit sollte es in Berührung gekommen sein? Schon einmal in einen Bach gefallen sein, erlebt haben, dass die eigenen Vorschläge zu einer Verbesserung geführt haben, Geschichten aus der eigenen Kindheit kennen und erzählen können, wissen was Heimweh ist, ein chinesisches Schriftzeichen gemalt haben, Worte in der Blindenschrift kennen, wenigstens zwei fremde Sprachen erkennen – all das und noch vieles mehr sollte ein siebenjähriges Kind laut dem Buch "Das Weltwissen der Siebenjährigen" von Donata Elschenbroich kennen oder erlebt haben.

Aber nicht als Katalog zum Abhaken soll diese Liste, dieser Kanon des "Weltwissens der Siebenjährigen" verstanden werden, sondern als Anregung, was man alles mit Kindern machen kann, welche Möglichkeiten man ihnen (häufig ohne große Mühe) bieten kann.

Das, was dieses Buch so interessant und wichtig macht, sind die Gespräche, die mit unterschiedlichsten Berufsgruppen geführt wurden, um die Liste zu erstellen. Was man hier erfährt über Entwicklungsschritte der Kinder, über ihr Erleben und Verständnis, das bietet wirklich Anregungen, die man auch selbst umsetzen kann.

Ein Buch, das all jene, die mit Kindern zu tun haben, kennen sollten.

<http://kinder-lobby.at/2011/05/11/1370/>

---

---

## IMPRESSUM UND HINWEISE

---

---

### **Plattform EduCare**

**Postadresse:**

Krausegasse 7a/10  
1110 Wien  
ÖSTERREICH

**Telefon:** +43 (664) 73592265

**Faxnummer:** +43 (1) 7485469

**E-Mail:** [Informationsdienst@Plattform-EduCare.org](mailto:Informationsdienst@Plattform-EduCare.org)

**Diese Mitteilungen haben ausschließlich Informationscharakter.**

Die Plattform EduCare übernimmt daher keine Gewähr für Richtigkeit, Genauigkeit und Qualität der bereitgestellten Information.

Eine Identifikation mit den Inhalten kann aus der Veröffentlichung nicht geschlossen werden, wir schließen jegliche Verantwortung für diese Zitierungen und die darin enthaltenen Inhalte aus.

→ **Diese Übersicht ergeht zur Information fallweise auch an in einzelnen Meldungen angeführte E-Mail-Adressen** ←

### **Abmeldung von diesem kostenlosen Service**

Bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit Ihrem Namen und Ihrer E-Mail-Adresse, die in unserem Verteiler vorgemerkt ist. ev. einem kurzen Hinweis, wo wir Sie einordnen können. Danke!